

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 17. Oktober bis 26. November 2018³³

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
18. Oktober 2018	ER	<p>Schwerpunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> - Außenbeziehungen: Die Staats- und Regierungschefs begrüßen die Vorstellung der Initiative der Kommission für eine neue Allianz Afrika – Europa zur Stärkung nachhaltiger Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Am 24./25. Februar 2019 wird das erste Gipfeltreffen zwischen der EU-28 und der Liga der arabischen Staaten in Ägypten stattfinden. Die Zusammenarbeit mit Afrika sollte auf ein neues Niveau gehoben und u.a. durch den Europäischen externen Investitionsplan (EIP) und den EU-Notfalls-Treuhandfonds für Afrika unterstützt werden. - Artikel 50/Brexit: Bekräftigung des vollen Vertrauens in den Verhandlungsführer M. Barnier sowie der Einigkeit der Union. - Migration: Der Europäische Rat bestätigt, dass sich die Zahl der festgestellten illegalen Grenzübertritte in die EU gegenüber Oktober 2015 zwar um 95 % verringert hat, aber den internen und externen Migrationsströmen anhaltende Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Bekräftigung des Vorhabens der Bekämpfung der illegalen Migration und in diesem Zusammenhang die Verstärkung der Zusammenarbeit mit Nordafrika (v.a. Marokko). Geplant ist die Errichtung einer gemeinsamen Taskforce beim European Migrant Smuggling Centre“ (Europol).
18. Oktober 2018	Euro-Gipfeltreffen	<p>Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion</p> <p>Beim Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs der 19 Mitgliedstaaten des Eurosystems wird der Stand der Verhandlungen über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) diskutiert.</p>
18./19. Oktober 2018	ER	<p>Der Asien Europa Gipfel (EU-ASEM Gipfel) steht unter dem Motto „Globale Partner für globale Herausforderungen“</p> <p>An dem EU-ASEM Gipfel nehmen 51 Staats- und Regierungschefs europäischer und asiatischer Länder unter der Leitung von EU Ratspräsidenten Donald Tusk teil. Die Gipfelteilnehmer erörtern globale Herausforderungen wie Klimawandel, Migration und Digitalisierung und betonen, dass die Reform der WTO vorangebracht werden muss, um sie besser in die Lage zu versetzen, neuen</p>

³³ Autoren: Sylvia Gloggnitzer und Harald Grech (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		Herausforderungen zu begegnen. Ferner unterstreichen sie die Bedeutung einer vertieften wirtschaftlichen Integration sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene.
23. Oktober 2018	EK	<p>Veröffentlichung des Jahresprogramms 2019 der Europäischen Kommission - drei Prioritäten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erzielung einer raschen Einigung über die bereits vorgelegten Legislativvorschläge, 2. Annahme einer begrenzten Anzahl neuer Initiativen zur Bewältigung der verbleibenden Herausforderungen und 3. Vorlage von Initiativen im Hinblick auf die künftige EU im neuen Format mit 27 Mitgliedstaaten. <p>Die für die Wirtschaft wichtigsten neuen Initiativen betreffen die Vollendung des Binnenmarkts bzw. den digitalen Binnenmarkt, die Energie- und Klimapolitik sowie die Stärkung der internationalen Rolle des Euro. Zudem wird sich die EK für die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in den Bereichen Energie-, Klima-, Steuer- und Sozialpolitik einsetzen und den Rahmen für die Rechtsstaatlichkeit und Ideen für die Initiative „Europa den Menschen vermitteln“ vorstellen. Schließlich sind Maßnahmen erforderlich, um den EU-Besitzstand in Bezug auf den Brexit anzupassen.</p>
5. November 2018	Eurogruppe	<p>Schwerpunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Italien: Die Eurogruppe (EG) begrüßt eine enge Kooperation Italiens mit der Europäischen Kommission zur Vorbereitung eines überarbeiteten Budgetentwurfs im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP). • Bankenunion: Ergebnisse des Stresstests vom 2. November 2018 weisen auf eine verbesserte Resilienz des Bankensektors hin. Eine Annäherung an die Finalisierung der Terms of Reference eines gemeinsamen „Backstop“ für den einheitlichen Abwicklungsfonds kann erzielt werden. Ein Abschluss ist beim Euro-Gipfel im Dezember 2018 geplant. • ESM: Fortschritte bei der Verbesserung der Wirksamkeit zweier vorsorglicher Instrumente des ESM: <ol style="list-style-type: none"> 1. Enhanced Conditions Credit Line (ECCL) 2. Precautionary Conditions Credit Line (PCCL)
6. November 2018	ECOFIN Rat	<p>Schwerpunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Digitalsteuer: Diskutiert wird die Einführung einer EU-weiten Steuer auf Erträge aus der Erbringung bestimmter digitaler Dienstleistungen. Die kurzfristige Lösung sieht eine Steuer in Höhe von 3% auf Erträge aus der Erbringung bestimmter digitaler Dienstleistungen für große Unternehmen vor. Einig ist man sich, dass es jedenfalls eine globale Lösung auf OECD-Ebene geben muss. Eine politische Einigung wird für Dezember angestrebt. • Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen: Annahme von Schlussfolgerungen durch die Wirtschafts- und Finanzminister

		für die von 2. bis 14. Dezember 2018 in Katowice stattfindende UN-Klimakonferenz (COP 24). Darin wird u.a. die Beitragsleistung der EU und der Mitgliedstaaten zur Realisierung des von allen Industrieländern vereinbarten Zielbetrags von 100 Mrd USD pro Jahr ab 2020 für Emissionsreduktions- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern erneut bestätigt.
14. November 2018	Rat	<p>Veröffentlichung des Austrittsabkommens zu Brexit</p> <p>Der 585 Seiten umfassende Abkommensentwurf regelt die konkreten Bedingungen für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU. Der Vertragstext zum EU-Austritt Großbritanniens legt eine Übergangsphase von 29. März 2019 bis 31. Dezember 2020 fest, klärt die künftigen Rechte der Bürger sowie die Finanzverpflichtungen Londons und liefert eine Lösung zur Nordirland-Frage. Hinzu kommt eine politische Absichtserklärung zu den künftigen Beziehungen. In der Übergangsphase bleibt Großbritannien vorerst im EU-Binnenmarkt und in der Zollunion, zahlt seinen Mitgliedsbeitrag, unterliegt weiterhin der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof, hat jedoch kein Stimmrecht mehr in den Gesetzgebungsprozessen der EU-Institutionen. Die Übergangsphase kann einmal verlängert werden. Auf EU-Seite müssen der Rat und das Europäische Parlament (nicht aber die einzelnen Mitgliedstaaten) dem Austrittsvertrag zustimmen.</p>
19. November 2018	Informelle Eurogruppe	<p>Präsentation des DE-FR-Vorschlags für ein Euroraum-Budget</p> <p>Basierend auf der „Meseberg-Deklaration“ präsentiert Deutschland gemeinsam mit Frankreich einen Vorschlag für ein Euroraum-Budget welches 2021 eingesetzt werden soll, jedoch ohne Nennung einer Größe des geplanten Budgets. Der Fokus liegt auf Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Konvergenz und Stabilisierung im Euroraum. Die geplanten Ressourcen sollen einerseits aus dem EU-Budget und andererseits aus regelmäßigen Beiträgen der Euroraum-Mitgliedstaaten in das Euroraum-Budget einfließen. Die Europäische Kommission begrüßt den Vorschlag als Basis für weitere Diskussionen und verwies auf die Ähnlichkeit der neuen MFR-Instrumente für Reformen und Stabilisierung hin.</p>

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

19.10.2018	IWF	<p>Ukraine - Bereitschaftskreditabkommen</p> <p>Die ukrainischen Währungsbehörden haben mit dem IWF auf Staff-Ebene Einigung über ein neues Bereitschaftskreditabkommen (<i>Stand-By Arrangement, SBA</i>) erzielt. Das <i>SBA</i> in Höhe von 2,8 Mrd SZR soll das bisherige Kreditabkommen (<i>EFF</i>) ablösen. Die Laufzeit soll 14 Monate betragen. Die Schwerpunkte des neuen Kreditprogramms sollen auf der weiteren fiskalischen Konsolidierung, der Reduzierung der Inflationsrate sowie strukturellen Reformen im Bereich der Steuerverwaltung sowie des Finanz- und Energiesektors liegen.</p>
------------	-----	--